

1. Mai: Den Mai-Feiertag nicht weiter parteipolitisch instrumentalisieren



Der 1. Mai ist seit vielen Jahrzehnten ein gesetzlicher Feiertag und er steht fest im politischen Kalender der Arbeiterbewegung. Um so nachdenklicher macht einem die teilweise Instrumentalisierung der Veranstaltung des DGB Saar für die SPD. Es hat Tradition und ist richtig, dass parteipolitische Vertreter:innen begrüßt werden, so auch von unserer Partei. Dass aber der SPD-Außenminister derart hofiert wurde wie bei der diesjährigen Kundgebung, musste selbst Heiko Maas schon fast peinlich gewesen sein. Erst wurden Stellplätze direkt vor der Bühne freigehalten, dann fuhr mehrere schwarze Limousinen vor (S-Klasse und A8). Beim umjubelten Aussteigen des Ministers gab es weder Masken noch Abstandsregeln. Und sowohl die Begrüßungsrede zur Eröffnung als auch der Beitrag der IG-Metall waren gespickt mit Anbiedereien an „unseren Minister“. Als Landesvorstand werden wir uns absprechen und ggf. auf den DGB zugehen. Kritische Solidarität sollte das Motto sein, ausschließlich im Interesse der Arbeitnehmer:innen.

26. April: KV Saarlouis: Atomkraftwerk Cattenom sofort abschalten

Auch zum diesjährigen Jahrestag der Katastrophe im AKW Tschernobyl 1986 lautet die klare Bitte und Forderung an unsere französischen Nachbarn, endlich ihren Pannereaktor abzuschalten. Nur rund 42 Kilometer liegen zwischen Saarlouis und dieser Anlage, die regelmäßig Meldungen von Fehlern und Pannen produziert. „Was nutzt aller Ausbau an regenerativer Energie hier bei uns vor Ort, wenn Cattenom wie ein Damoklesschwert über uns schwebt. Kommt es in Cattenom zu einem ernsthaften Störfall, die Auswirkungen eines GAUs will man sich gar nicht erst ausmalen, haben wir hier strahlende Windräder in einer konterminierten Umgebung.“, so **Andreas Neumann**, Kreisvorsitzender Saarlouis. „Freundschaft bedeutet auch Rücksichtnahme. Und deshalb hoffen wir als Linke, dass Frankreich diesen Pannereaktor endlich vom Netz nimmt und zurückbaut. Wir wünschen uns eine strahlende Zukunft, insbesondere auch für die deutsch-französische Zukunft, aber durch ein gemeinsames Miteinander und eben nicht durch eine Kernschmelze.“ (31.03.) CDU und SPD müssen Streit über Testpflicht an Schulen beenden – Recht auf Bildung hat oberste Priorität – Akzeptanz der Testungen erhöhen.

24. April: Schwarz-Grün verscherbelt kommunales Eigentum: Wir sagen NEIN!

Der Versuch der konservativen Stadtratsmehrheit aus CDU, Grüne und FDP, städtische Häuser und Grundstücke am Beginn der Nauwieser Straße zu verscherbeln, ist vorerst gescheitert. Der Bezirksrat Mitte hat dieses Ansinnen vorerst gestoppt. In der Saarbrücker Innenstadt, im Viertel und in anderen angrenzenden müssen brachliegende Immobilien saniert und entwickelt werden. Neben Geschäften und Büroräumen gehören zu einer lebendigen Stadt auch bezahlbare Mietwohnungen.

DIE LINKE fordert u.a. einen Entwicklungsplan für Flächen und Immobilien, die im öffentlichen Eigentum sind. Hier müssen zentrumsnahe Wohnungen mit einer sozialer Mietpreisbindung entstehen. Eine Verpflichtung für Immobilienbesitzer, leer- oder freistehende Flächen und Häuser so zu nutzen, dass dort Wohn- und Gewerbeflächen entstehen. Werden Grundstücke oder Häuser ungenutzt und verwahrlost gelassen, muss die Gesellschaft die Möglichkeit bekommen, diese zu nutzen (siehe Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet“). Kein Zupflastern von Grundstücken um diese als Parkplätze umzuwidmen. Innerstädtische Flächen müssen für Wohn- und Gewerbegebäude oder für Grünflächen und Spielplätze genutzt werden. Unsere Stadt gehört den Menschen und nicht den herumstehenden Autos.

Wir wissen, dass sich nicht alle Forderungen auf kommunaler Ebene umsetzen lassen. Aber zu den anstehenden Bundestagswahlen am 26. September und den Landtagswahlen im März 2022 besteht die Möglichkeit mit der Wahl der LINKEN die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, damit soziale und lebenswerte Städte Realität werden können.

21. April: DIE LINKE im Saarbrücker Stadtrat lehnt fragwürdiges Amtsblatt ab

Der Stadtrat soll gemäß vorliegender Verwaltungsvorlage am 27.04. in seiner Sitzung die Herausgabe einer Rathauspublikation in Form eines „erweiterten Amtsblattes“ beschließen. Keine Frage: die Ratsmehrheit aus CDU,

Grünen und FDP wird dafür sorgen, dass diese Eigenwerbung auch so beschlossen wird. DIE LINKE wendet sich gegen das Vorhaben – allein schon aufgrund des umzusetzenden Beschlusses eines papierlosen Stadtrates. Der Vorsitzende der Linksfraktion **Michael Bleines** bemerkt dazu: „Laut vorliegender Verwaltungsvorlage möchte die Stadtverwaltung in der kommenden Stadtratssitzung, rechtzeitig vor den anstehenden Wahlen, die Herausgabe eines erweiterten Amtsblattes beschließen lassen; dieses soll 12 bis 16 Seiten umfassen, 14-tägig erscheinen und an 90.000 Haushalte verteilt werden. Es lässt sich leicht ausrechnen, dass es sich demnach um knapp 2,9 Millionen Seiten bedrucktes Papier im Tabloid-Format pro Monat handelt, die zukünftig in den Briefkästen und Hausfluren zu finden sein werden.“

Das ist an Absurdität hinsichtlich der Vereinbarung über einen papierlosen Stadtrat kaum zu überbieten. Aufgrund des Verzichts der meisten Saarbrücker Stadtverordneten auf Papiervorlagen für die Ausschuss- und Stadtratssitzungen konnten soeben mal schätzungsweise 10.000 Blatt bedrucktes Papier pro Monat vermieden werden. Dem steht nun die dreihundertfache Menge Papier zur Herausgabe der oben genannten Rathauspublikation gegenüber. Wie eine angeblich umwelt- und klimapolitisch ausgerichtete Rathauskoalition so etwas beschließen kann, leuchtet mir nicht ein. DIE LINKE spricht sich ausdrücklich gegen diese Verschwendung von Ressourcen und gegen die Verursachung zusätzlicher Müllberge durch dieses Vorhaben aus, zumal ein eigenes Amtsblatt rechtlich überflüssig ist und letztlich nur der Selbstbeweihräucherung der politisch Verantwortlichen dient – zu einem Kostenfaktor von zusätzlich ca. 180.000,- Euro für die Schuldenstadt Saarbrücken. Wer eine solche Umweltsünde begeht und sich gleichzeitig dem Klimaschutz verpflichten will, ist für uns nicht glaubwürdig.“

13. April: Verantwortlichkeit und Personalisierung für Tests an den Schulen muss geklärt werden – längerfristige Perspektive nötig

Die Linksfraktion im Saarländischen Landtag fordert die Landesregierung auf, klarzustellen, wer an den Schulen in welchem Umfang zuständig für die Corona-Tests ist. „Die tägliche Durchführung oder Betreuung dieser Tests ist kaum einfach so nebenher möglich und die Lehrkräfte können damit nicht alleine gelassen werden. Deshalb muss die Personalisierung geklärt werden, damit die Testpflicht an den weiterführenden Schulen auch ohne größere Probleme umgesetzt werden kann, was eine Voraussetzung zur Rückkehr in den vollen Regelbetrieb ist“, erklärt **Barbara Spaniol**, die bildungspolitische Sprecherin. Mit Blick auf die aktuelle Schuldebatte hat die Linksfraktion das Thema auch auf die Tagesordnung des Bildungsausschusses am Donnerstag gesetzt. „Bevor es losgeht muss alles getan werden, damit es nicht in ein paar Wochen wieder zu Unterrichtsausfall und Schulschließungen kommt. Deshalb fordert die Linksfraktion seit langem auch ein längerfristiges Konzept für den Schulunterricht bis zu den Sommerferien. Der Einbau von Luftfiltern in den Schulen muss vorangetrieben werden. Außerdem müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, durch Verkleinerung der Lerngruppen den Mindestabstand im Unterricht einhalten zu können – etwa durch die zusätzliche Nutzung von Sport- und Veranstaltungshallen.“

11. April: Plakatkampagne für den Erhalt unserer Krankenhäuser

Anforderungsvoll für die Kreisvorstände beider Kreisverbände des Wahlkreises Merzig-Wadern-Saarlouis waren die letzten Wochen sicherlich: inkl. Dringlichkeitssitzungen, Besprechungstermine online und intensivem Austausch mit allen Beteiligten. Aber nun ist die gemeinsame Kampagne „Profite machen nicht gesund!“ ins Laufen gebracht. Aktionsstände, Veranstaltungen und einiges mehr sind in Vorbereitung und ab dem 11. Mai 2021 gibt es dann auch in der Fläche etwas zu sehen. „Unsere Aktion spricht sich für ein klares und finanzierbares Forderungspaket aus, das auch der Corona-Pandemie geschuldet ist, die alle vorhandenen Missstände schonungslos offengelegt hat. Wir brauchen in unseren Kreisen eine gute und ausreichende medizinische Nahversorgung, die Krankenhäuser müssen erhalten bleiben und es gilt auch neben allem Lob endlich auch bessere und fair bezahlte Arbeitssituationen in den Einrichtungen zu schaffen. Denn vom Applaus wird niemand satt und kann auch keine Rechnungen bezahlen. Und Gesundheit darf niemals Profiten untergeordnet werden.“ Am 11. Mai 2021 geht es los, die ein oder andere Aktion bis zum Start wird es aber natürlich ebenfalls noch geben. Gemeinsam mehr erreichen! Bei dieser Kampagne arbeiten die beiden Kreisverbände Merzig-Wadern und Saarlouis Hand in Hand.

Dieser Newsletter wird monatlich von **DIE LINKE. Landesverband Saar** herausgegeben. Aktuelle Infos findet man unter **www.dielinke-saar.de** bzw. auf unseren Facebook-Seiten. Telefonisch erreichbar sind wir unter **0681/51775**.

Unsere Landesgeschäftsstelle ist aktuell für den Besucher:innenverkehr nur montags (9-13 Uhr) und nach Voranmeldung geöffnet. Der Grund dürfte bekannt sein, ändert sich aber hoffentlich bald...